

Über die Rolle der Bertelsmannstiftung

Ein Bericht von Ricarda Kauert

Am Montagabend, 25.2.08, fand in der Wuppertaler VHS im Rahmen der "Politischen Runde" ein Vortrag von Herrn Prof. Dr. Arno Klönne, Jg. 1931, ehem. Professor für Soziologie, Universität Paderborn statt mit dem Titel:
"Gesellschaft, geführt wie ein Unternehmen?"

Prof. Klönne stellte das Unternehmen Bertelsmann und die Bertelsmannstiftung als weltweit einmaliges Imperium vor. Die Stiftung sei die höchstrangige deutsche Beratungsfabrik, dazu steuerprivilegiert.

Bertelsmann-Experten seien fast allgegenwärtig, wo etwas unter dem Stichwort "Reformen" geschehe. Die Geschäftsfelder des Bertelsmann-Konzerns beschrieb er als außerordentlich vielgestaltig.

Im Gegensatz zu anderen Stiftungen in Deutschland, auch in den USA, werde die Bertelsmannstiftung **operativ tätig**.

Das Verlagsmanagement arbeite mit etwa 400 wissenschaftlichen Mitarbeitern und vielen weiteren indirekt einbezogenen Wissenschaftlern nach einer hochintelligenten, aber wenig demokratischen Methode, wenn, wie bei Bertelsmann historisch durchgängig zu beobachten sei, der Zeitgeist am Wickel gepackt und ein großes Geschäft daraus gemacht werde.

Zunächst werde ein bestimmtes Thema gesetzt, das immer gut gewählt sei, und in vielen Varianten und denkbaren Formen in die Öffentlichkeit gebracht werde (z.B. über Jahre führend das "Bürokratie-Elend").

Wenn dieses Thema in der Öffentlichkeit angekommen sei, entstehe Beratungsbedarf. Dann brauche die Politik Experten, die Lösungen anbieten könnten. Für Lösungen i.S. der von Bertelsmann intendierten Privatisierung müsse nun zunächst Akzeptanz hergestellt werden.

Für alle diese Schritte sei ein breit geknüpftes Netz von Politikern, Experten (der Bertelsmannstiftung), Wissenschaftlern und Medienleuten nötig, das abgestimmt werde mit führenden Repräsentanten aus der Wirtschaft.

In diesem breit geknüpften Netz lobten alle sich hoch, es sei ein "Hochlobekartell".

Im Widerspruch zu den programmatisch vorgetragenen eigenen Forderungen der Stiftung fehle jegliche kritische Außenkontrolle.

Dennoch habe die Bertelsmannstiftung große Erfolge, weil sie im Unterschied zu anderen "Ideen-Werkstätten" im Ruf stehe, politisch unabhängig zu sein. Dieser Schein sei immer sehr wichtig für den Erfolg und die unkritische Akzeptanz der Stiftung gewesen.

Tatsächlich sei es der Bertelsmannstiftung egal, für welche politische Partei oder

Gruppierung sie arbeite, sie habe keine "Abneigungen". Zugespitzt könne man sagen, es gebe eine parteipolitische Unabhängigkeit, vorausgesetzt es werde gemacht, was in der Werkstatt ausgetüftelt worden sei.

Methodisch interessant sei, dass Bertelsmann-Reformvorschläge immer darauf hinausliefen, "Wettbewerb" zu erzeugen, der dann in seinen Fortschritten mittels Rankings und Ratings von Bertelsmann kontrolliert und überprüft werden müsse. Dazu brauche es Kontroll- und Prüfsysteme wie auch Experten (der Bertelsmannstiftung).

Diese Beratungsfabrik, die Türöffner sei für neue Geschäftsfelder, sei nun als geneinnützig anerkannt.

Im Bertelsmannkonzern werde nicht nach dem Prinzip des Kommandos gesteuert, es gehe freundlich zu bei Bertelsmanns:

Das von Bertelsmann in den parlamentarischen Beratungen zensurierte Hochschulgesetz in NRW, dessen Umsetzung in den einzelnen Hochschulen von Bertelsmann kontrolliert werde, heiße nun

"Hochschulfreiheitsgesetz" - ein sympathischer Begriff.

Das Bertelsmann-Schulprogramm heiße:

"Selbständige Schule"-sympathisch!

Die Reform der Öffentlichen Verwaltung laufe unter dem Begriff:

"Unbürokratische Verwaltung", und

die militärische Beratung in Vorbereitung von Rüstungsvorhaben

"Internationale Verständigung":

In der Bertelsmann-Sprache werde immer ein sehr gefälliges Angebot dargestellt.

Dabei zeigten die Bertelsmann-Reformvorhaben eine **eindeutige gesellschaftliche Richtung**:

Alles ziele darauf ab, den allgemeinwirtschaftlichen Sektor abzubauen und in Privateigentum zu überführen (s.a. Vorhaben der PPP, PublicPrivatePartnership).

Es sei die Richtung endgültiger Privatisierung öffentlicher Güter i. S. einer Kommerzialisierung dieser Güter, auf spezifische Weise gesteuert durch Interessen von Bertelsmann.

Die Probleme seien folgendermaßen zu benennen:

- sei hier ein Beratungs- und Expertennetz entstanden, dass sich **fast ohne öffentliche Kontrolle** über die Gesellschaft lege.
- Wozu brauche es noch politische Zuständigkeiten, wenn ein Beratungsnetz diese Ausmaßes, das doch alles regelt, vorhanden sei?

Grundsätzlich müsse gefragt werden, was das noch für eine Demokratie sei, in der nur noch "ja" gesagt werden müsse.

So habe der frühere Sprecher der Bertelsmannstiftung es ausgedrückt:

"Wir legen die Konzepte auf den Tisch, die Politik setzt die Konzepte um."

Es finde kein Putsch statt; aber leise und kontinuierlich werde die Legitimität politischer Entscheidungen gemindert, bis sie letztlich schwinde.

Grundsätzlich müsse dringend die Frage der Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung öffentlich diskutiert und überprüft werden, wenn daraus geschäftliche Vorteile für die Bertelsmann AG und die Bertelsmannstiftung entstünden.

Über Jahre hinaus habe es keine öffentliche Diskussion über diese Verquickung von Reformberatungstätigkeit und geschäftlicher Interessen gegeben, weil es einen "öffentlichen Heiligenschein für Bertelsmann" gegeben habe.

Dabei sei alles offen zu sehen und zu erkennen:

-wie öffentliche Gremien in ihren eigenen Rechten und Entscheidungsfähigkeiten überfahren werden

-wie Demokratie in der Praxis ausgehöhlt werde.

Für alle, die sich meine Zusammenfassung bis hierher durchgelesen haben, und nun enttäuscht sind, dass sie nichts Neues erfahren haben, habe ich keinen Trost parat.

Für die anderen allerdings auch nicht.

Aber anpacken müssen wir es schon. Wie wäre es mit einer steuerrechtlichen Prüfung der Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung?

Ricarda Kauert